

GGG trägt Verantwortung für Brühl - Zurückhaltung bei Sanierungen untragbar

Der Chemnitzer Brühl, ehemalige DDR-Vorzeigeeinkaufsmeile, liegt seit Jahren im Dornröschenschlaf. Viele Projekte scheiterten bisher und eine dauerhafte Belebung des Brühls war nicht erfolgreich. Die Chemnitzer Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H (GGG) hat viele leerstehende Gebäude am Brühl in ihrem Besitz. Bislang vernachlässigt die GGG deren Sanierung und blockiert damit eine Belebung der Chemnitzer Innenstadt. Kürzlich äußerte der GGG-Abteilungsleiter, Rocco Brusch, dass eine Wiederbelebung des Brühls lediglich eine Umverteilung von Mietern innerhalb der Stadt bedeuten würde und deshalb die GGG die Wohnungen am Brühl nicht saniert. Hierzu erklärt Jens Weis (28), stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Chemnitz (JuLis) und FDP-Direktkandidat für den Sächsischen Landtag:

"Gerade die GGG hat als 100-prozentige Tochter der Stadt Chemnitz die Pflicht, vordringlich innerstädtische Bausubstanz zu erhalten. Es kann nicht sein, dass die GGG die Belebung des Brühls weiter blockiert und Mietinteressenten nur absolut schäbige Wohnungen anbietet, die die Interessenten gleich wieder verschrecken sollen. Als Tochterunternehmen der Stadt ist die GGG ein Steuerungsinstrument für einen sinnvollen Stadtumbau. Sie kann sich deshalb nicht nur die Sahnstücke herauspicken, sondern muss auch schwierigere Wohnquartiere sanieren.

Man kann doch nicht einerseits zum Beispiel der WG Einheit den Vorwurf machen, dass sie Wohnungen am Stadtrand saniert und damit angeblich die Stadtumbaustrategie unterläuft. Andererseits hält es aber nicht einmal die städtische Tochter GGG für nötig, in der Innenstadt Wohnquartiere zu sanieren und damit die bisherige Stadtumbaustrategie zu unterstützen. Andere Wohnungsunternehmen in Chemnitz sollen aber anscheinend erst ihre Wohnungsbestände abreißen, damit dann die GGG als städtische Tochter der Platzhirsch wird.

Wir können es uns in Chemnitz nicht leisten, den Brühl weiter vor sich hingammeln zu lassen. Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) muss über die Aufsichtsratsvorsitzende der GGG und deren Stellvertreter deshalb eine klare Entwicklungsperspektive von der GGG für den Brühl einfordern. Einzelmaßnahmen nützen hierzu rein gar nichts."